Tourismus setzt sich neue Leitplanken

OB-/NIDWALDEN An Ideen und Wünschen mangelt es nicht: Ein Feinkonzept soll dem Tourismus in Engelberg und Wolfenschiessen Schub geben.

ADRIAN VENETZ
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Snowboarder im Gebiet Rotegg am Titlis. Im neuen Tourismuskonzept ist ein Snowpark mit Halfpipe nördlich des Trübsees angedacht. PD

Der Engelberger Gemeinderat hat das Touristische Feinkonzept (TFK) Engelberg-Wolfenschiessen genehmigt. Ein erstes solches Konzept war bereits in den Achtzigerjahren erstellt worden. Letztmals überarbeitet wurde es vor 14 Jahren. Das nun vorliegende, erneuerte Feinkonzept setzt die Leitplanken für die touristische Entwicklung der Region – es umfasst das gesamte Gemeindegebiet von Engelberg sowie den angrenzenden Teil der Gemeinde Wolfenschiessen, der zur Tourismusregion gehört. Eine Überarbeitung sei «zwingend erforderlich» gewesen, weil «diverse neue Projekte im Raum des touristischen Feinkonzeptes anstehen», wie es im knapp 50-seitigen Dokument heisst. Federführend bei der Überarbeitung war ein Kommission aus verschiedenen Bereichen: Gemeinden, Bergbahnen, Tourismus, Kloster, Korporation, Politik.

Das TFK ist für die Gemeinde Engelberg nicht behördenverbindlich, gilt also nicht als kommunaler Richtplan. Anders im Kanton Nidwalden: Hier gilt das TFK als Richtplaninstrument und muss noch von der Nidwaldner Regierung genehmigt werden, bevor es in Kraft tritt.

Keine Absage ans Schneeparadies

Eines vorweg: Das Schneeparadies ist im neuen TFK kein Thema. «Wird das Projekt Schneeparadies weiter verfolgt, muss zum gegebenen Zeitpunkt das TFK angepasst oder unter Umständen erweitert werden», heisst es lediglich dazu. Glaubt man in Engelberg ohnehin nicht mehr an diese Vision? Dazu der Engelberger Gemeindeschreiber Bendicht Oggier: «Eine Absage ans Schneeparadies ist das keineswegs.» Tatsache sei aber, dass ein Zusammenschluss der grossen Skigebiete Titlis, Frutt und Hasliberg die Ausgangslage für andere angedachte Projekte stark verändern würde. Will heissen: Das Schneeparadies ist ohnehin eine Schuhnummer zu gross, um im vorliegenden Feinkonzept besprochen zu werden. «Zudem wäre bei der Vision Schneeparadies auch der Kanton Bern betroffen. Dieser wurde bei der Erarbeitung des vorliegenden TFK nicht mit einbezogen», so Oggier.

Beschlossen ist noch nichts

Im Feinkonzept werden verschiedene ökologische Aspekte und Schutzanliegen formuliert. Den Hauptteil aber bildet ein Massnahmenkatalog, in dem diverse Ideen und Absichten formuliert werden. «In den Gebieten Titlis und Brunni werden in verschiedenen Bereichen Optimierungen angestrebt», heisst es dazu im TFK. «Zum einen soll der Wintertourismus mit neuen Anlagen und zum anderen der Sommertourismus mit Freizeit- und Erlebnisanlagen gestärkt werden.» Einige der angedachten Projekte sind bereits in früheren Konzepten erwähnt worden, andere sind neu dazugekommen.

Bendicht Oggier betont: «Der Massnahmenkatalog enthält Wünsche und Ideen. Beschlossen ist noch gar nichts.

«Ob und wann die Projekte realisiert werden, ist noch völlig offen.»

BENDICHT OGGIER, GEMEINDESCHREIBER ENGELBERG

Jedes Projekt bräuchte ohnehin zuerst ein ganz normales Bewilligungsverfahren.» Die einzelnen Massnahmen (siehe nachfolgende Auflistung) sind zwar nach drei Prioritätsstufen gegliedert. Aber auch hier gilt gemäss Oggier: «Ob und wann die Projekte realisiert werden, ist noch völlig offen.»

Massnahmen Titlisgebiet:

- Nördlich des Trübsees sollen ein **Snowpark** mit Halfpipe sowie eine Ski- und Snowboard-Cross-Rennanlage erstellt werden. Anstelle des nicht mehr genutzten Skiliftes Bitzistock soll eine neue Transportanlage mit angepasster Linienführung gebaut werden.
- Mit dem Bau einer **Bahn Laubersgrat-Rotegg** könnten Rundfahrten ab Stand zum Titlis angeboten und die Kapazität auf der obersten Sektion erhöht werden.
- Die heutige unbefriedigende **Rückbringersituation** auf der Gerschnialp (Bus) ist durch eine Anlage auf dem heutigen Trassee der Bahn zu verbessern.
- Aufgrund von Kapazitätsengpässen soll der **Jochpasslift** saniert und die Linienführung angepasst werden.
- Für Trainingszwecke der Sportmittelschule soll im Gebiet Jochstock ein **Trainingslift** mit Pisten erstellt werden.
- Zur Ausübung des Biathlonsports sollen eine fixe **Schiessanlage** auf der Gerschnialp und eine mobile Schiessanlage beim Trübsee realisiert werden.
- Hohe Priorität räumt man einer Infotafel ein, die bei der Autobahnausfahrt Stans Süd steht und die Anzahl freier **Parkplätze** in Engelberg anzeigt.

Massnahmen Brunni:

- Im Bereich Oberristis soll zur besseren Auslastung der bestehenden Pisten eine kurze neue Anlage für Anfänger erstellt werden.
- Für eine bessere Erschliessung des Brunnigebietes sind neue Transportanlagen vorgesehen. Aus Gründen der Sicherheit und des Komforts sollen bestehende Skilifte durch Sessellifte mit neuer Linienführung ersetzt werden.
- Mit den neuen Anlagen und einer neuen Talabfahrt werden Pisten ausgeschieden, um das Skigebiet zu vergrössern und somit die Attraktivität für Besucher zu steigern.

Bergbahnmuseum und Seilpark

SOMMER ve. Neben den angedachten Projekten, die vor allem den Wintersport betreffen, werden im Feinkonzept auch dem Sommertourismus einige Absätze gewidmet. Die **Wanderwege** seien «ein wichtiger Teil des Tourismusangebotes», heisst es im Konzept. Besonders die Sommerwanderwege Brunnipfad, Walenpfad und der Weg zur Rugghubelhütte sollen «attraktiv und in guter Qualität erhalten werden». Westlich vom Bergrestaurant Ristis ist ein Walderlebnisweg vorgesehen. Auf **Bikerouten** geht das TFK nicht ein, weil separat ein Bikekonzept in Bearbeitung ist.

Angedacht ist weiter ein **Bergbahnmuseum** bei der alten Bergstation der Standseilbahn auf der Gerschnialp. Zudem soll der **Turm** auf dem Klein-Titlis mittels einer Brücke für Touristen zugänglich gemacht werden. Auf der Gerschnialp im Bereich Hungerbodenwald/Heitibüel ist ein **Seilpark** geplant. Dieser soll den Seilpark im Schlänggenwald ersetzen.

Das Szenario einer Steuererhöhung rückt immer näher

NIDWALDEN Eben beschloss der Kanton ein Sparpaket. Die Wirkung ist wegen des NFA bereits verpufft. Eine Steuererhöhung droht mehr denn je.

SVP-Nationalrat Peter Keller braucht markige Worte, wenn er den Anstieg des Nidwaldner NFA-Beitrags um 10 Millionen Franken kommentiert: «Das ist ein Skandal!» (Ausgabe von gestern). Doch auch auf Stufe der Kantonalparteien macht sich lautstark Ärger über die neusten Zahlen des Nationalen Finanzausgleichs breit. «Die Entwicklung ist unhaltbar», hält FDP-Präsident Ruedi Waser fest. Die bedingungslose Umverteilung von Geldern habe ihre Grenzen nun überschritten. «Es stellt sich die Frage, ob mit so grossen Ausgleichsleistungen die Geberkantone ihre Rolle als ‹Milchkühe der Nation› noch lange erfüllen können, oder ob sie ihre Standortvorteile einbüssen und damit auch die notwendigen potenten Steuerzahler verlieren», so Waser weiter.

Immer «unsinnigere» Belastung

Auch CVP-Präsidentin Therese Rotzer erachtet die Entwicklung beim NFA «als sehr bedenklich». Die Solidarität der Geberkantone – Nidwalden, Zug und Schwyz gehören zu ihnen – werde angesichts der neusten Erhebungen «klar überstrapaziert». Es brauche eine Grundsatzdiskussion über das heutige NFA-System. Diese Forderung hat auch Nidwaldens Finanzdirektor Alfred Bossard in unserer Zeitung bereits geäussert. Und es brauche eine Obergrenze der Beiträge für die Geberkantone, womit die CVP-Präsidentin auf einer Linie mit Ständerat und Parteikollege Paul Niederberger liegt.

«Es fragt sich, ob die Geberkantone ihre Rolle als ‹Milchkühe der Nation› noch lange erfüllen können.»

RUEDI WASER, FDP-PRÄSIDENT

Wenig überraschend ist auch Christoph Keller, SVP-Präsident und Bruder von Peter Keller, das neuste NFA-Kapitel ein Dorn im Auge. «Die erfolgreichen Kantone werden immer unsinniger belastet. Alle wissen das: die Geber- und auch die Nehmerkantone. Trotzdem weigert sich die Mehrheit der Nehmer in Bundesbern, die offensichtlichen Fehler des NFA zu beheben.» Sollten keine Korrekturen am System angebracht werden, sieht er früher oder später schwarz. «Ohne echte Reform werden immer noch wahnsinnigere Summen umverteilt, bis alle erfolgreichen Kantone finanziell am Boden sind.»

Sparpaket: Wirkung verpufft

Ein ähnliches Szenario zeichnet auch FDP-Präsident Ruedi Waser: «Es darf nicht sein, dass sorgfältig haushaltende Kantone auf Geheiss der Nehmerkantone arm werden. Da würde die Demokratie jämmerlich versagen.»

Bloss: Die Nehmerkantone befinden sich deutlich in der Überzahl – und ihr Interesse an einer Systemänderung dürfte sich momentan in Grenzen halten. «Ob uns das passt oder nicht, sie sind am längeren Hebel», formuliert es Grüne-Präsident Leo Amstutz. Die sechs verbliebenen Geberkantone sehen ihre Erfolgsaussichten für ein Kantonsreferendum oder bei einer allfälligen Volksabstimmung zusehends schwinden. Dennoch hat Nidwalden gestern verlauten lassen, das Kantonsreferendum zu unterstützen. «Den Nehmerkantonen muss klar gezeigt werden, dass sie den Bogen überspannt haben», heisst es in einer Mitteilung. Alfred Bossard hat indes die Zuversicht nicht verloren, auf dem Verhandlungsweg eine Annäherung zwischen Geber- und Nehmerkantonen zu erzielen. Ob sich dies bewahrheiten wird, steht gegenwärtig in den Sternen.

Fakt ist, dass dem finanziell angeschlagenen Kanton Nidwalden nun weitere 5 Millionen in der Kasse fehlen werden, denn Finanzdirektor Bossard ging bei den ersten Budgetierungen fürs kommende Jahr von einem NFA-Beitrag von 25 Millionen aus, inzwischen sind es bekanntlich 30,5 Millionen. Dabei hat der Landrat erst vor kurzem ein Sparpaket in der Höhe von 6 Millionen Franken abgesegnet. Diese Wirkung ist bereits verpufft. «Nun umgehend ein weiteres Massnahmenpaket auf die Beine zu stellen, macht keinen Sinn», hält der Finanzdirektor fest. Eine Steuererhöhung auf 2016 rückt daher immer näher, auch wenn Bossard bis zuletzt versuchen wird, diese zu umgehen.

«Aus unserer Sicht bleiben nur zwei Möglichkeiten: Verschulden oder Steuern erhöhen.»

LEO AMSTUTZ, GRÜNE-PRÄSIDENT

Finanzplan verheisst nichts Gutes

Mit einer Steuererhöhung beschäftigt sich der Regierungsrat dennoch seit längerem. Im vergangenen Herbst liess er bereits durchblicken, dass dieser Fall 2016 eintreffen könnte. Mit dem neuen Finanzhaushaltgesetz im Nacken, wonach die Steuern angehoben werden müssen, sobald das Minus in der Staatsrechnung 0,10 Einheiten der Kantonssteuer oder rund 5 Millionen beträgt, steigt die Wahrscheinlichkeit zusätzlich an. Nicht zuletzt, wenn man einen Blick auf die kantonalen Finanzpläne 2016 und 2017 wirft, die deutlich höhere Defizite prognostizieren.

Auf andere Art ist scheinbar nicht mehr viel zu holen. «Der Kanton Nidwalden hat praktisch kein Sparpotenzial», sagt Leo Amstutz. Die Verwaltung erledige ihre Aufgaben effizient. Die meisten Sparmassnahmen würden sich als Leistungsabbau entpuppen, wogegen sich die Grünen aktuell mit drei Referenden wehren. «Aus unserer Sicht bleiben nur zwei Möglichkeiten», so Amstutz: «Verschulden oder die Steuern erhöhen.» Auch Therese Rotzer schliesst eine Steuererhöhung nicht aus. Nur Christoph Keller nimmt dieses Wort nicht in den Mund. «Meiner Meinung nach müssen quer durch alle Direktionen und Institutionen die Budgets linear gekürzt werden.» Gemäss Ruedi Waser ist dies Wunschdenken: «Unser Staatsapparat ist nicht überdotiert. Wir beschränken die Investitionen auf ein bald fragwürdig tiefes Niveau.» Einer Steuererhöhung würde die FDP indes nicht einfach so zustimmen. «Vorher müssen beim Bund NFA-Korrekturen beschlossen werden.» Ob dies auf die Schnelle passieren wird, ist aber mehr als fraglich.

OLIVER MATTMANN
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch